



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hartung, Fritz: Die Voraussetzungen einer nationalen Sammlungspolitik :
ein Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit unseres heutigen Staates zu
bestimmen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

härten müssen. Die Opposition der Deutschnationalen ist notwendig und der Deutschen Volkspartei willkommen, denn auf diese Weise wird verhindert, daß sich die Volkspartei in ihren Grundfäden ändert. Daß dies nicht der Fall sein wird, nimmt man in der Volkspartei bestimmt an und dieser Optimismus, mit dem man in die Koalition geht, muß gerechtfertigt sein; denn eine Koalitionspolitik, die evtl. die Spaltung der Partei zufolge hat, würde die Deutsche Volkspartei nicht treiben.



Die Voraussetzungen einer nationalen Sammlungspolitik

Ein Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit unseres heutigen Staates
zu bestimmen

Von Professor Dr. Fritz Hartung, Halle a. S.



Es mag anmaßend erscheinen, daß ich meine kurzen Ausführungen über eine Frage der Tagespolitik durch den Untertitel in Beziehung setze zu der gedankenreichen Abhandlung, in der einst der jugendliche Wilhelm von Humboldt die Grundfragen des Verhältnisses von Staat und Individuum erörtert hat. Aber es ist nicht allein zeitgemäß, diese Kritik Humboldts an der geistlosen und erdrückenden Vielgeschäftigkeit des alten Polizeistaats des 18. Jahrhunderts heute wieder sich zu vergegenwärtigen, sondern ich halte es auch für notwendig, daß wir auch in unserer Tagespolitik Begriffe und Schlagworte früherer Zeit nicht ohne ernstliche und grundsätzliche Prüfung verwenden. Gerade wir haben diese Pflicht, die wir den heutigen Mehrheitsparteien die Abhängigkeit von der demagogischen Phrase und den Modewörtern des Tages so gern vorhalten. Von diesem Standpunkt aus möchte ich hier zu den in vielem beherzigenswerten Ausführungen H. Jordans über nationale Sammlungspolitik (Nr. 35) Stellung nehmen.

Wer das äußere Leben des deutschen Volkes während der letzten Monate beobachtete, konnte mit Befriedigung Anzeichen eines Aufschwungs und einer Überwindung des Revolutionstaumels erblicken. Im Straßenverkehr hat die wüste Rücksichtslosigkeit, die zu gewissen Tageszeiten das Betreten der Straße oder gar die Benutzung der Straßenbahn zur Qual machte, nachgelassen; das Streben nach Ordnung und Sauberkeit tritt wieder deutlich hervor; wer es sich einigermaßen leisten kann, holt die während des Krieges versäumten Reparaturen nach, läßt sein Haus anstreichen usw., unsere Eisenbahnen sind wieder in brauchbarem Zustand. Aber das alles kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die innere Belüftung des deutschen Volkes schlimmer ist als je zuvor. Daß wir drei

Reichsfarben haben, die amtliche schwarz-rot-goldene, die altüberlieferte schwarz-weiß-rote und daneben die rote Fahne der Internationale, ist ein Ausdruck unserer Zerrissenheit in Gruppen, die nichts mehr miteinander gemein haben wollen. Wir gehen auseinander in der Beurteilung unserer Geschichte wie wir in der Beurteilung der für die Zukunft einzuschlagenden Wege auseinandergehen. Feiertage, die die eine Gruppe begehrt, sind den andern ein Ärgernis oder eine Torheit. Die Sprache der Parteien gegeneinander ist heftiger denn je; es ist kein Wunder, wenn aus solcher Verhegung schlimme Taten herausgeboren werden: von der Sprengung von Volksversammlungen und Störung parteipolitischer Veranstaltungen angefangen bis zum politischen Mord.

Gegen diese politische Agitation ist, wie bekannt, die Reichsregierung mit einer Energie eingeschritten, wie wir sie in Deutschland seit langem nicht mehr gewöhnt gewesen sind. Bis zu den Preßverordnungen Bismarcks vom 1. Juni 1863 muß man zurückgehen, um Ähnliches zu finden. Denn das Sozialistengesetz beruhte, wie der Name besagt, nicht auf einer Verordnung, sondern war ein zwischen dem Bundesrat und dem zu diesem Zweck neu gewählten Reichstag vereinbartes Gesetz; es darf daran erinnert werden, daß auch damals das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstag bestand. Wer auf dem Standpunkt steht, daß der Staat die notwendige Form alles gesellschaftlichen Lebens ist, wird auch einer seiner parteipolitischen Richtung nicht entsprechenden Regierung das Recht zubilligen, die rechtlich bestehende Staatsverfassung mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu schützen. Eine Regierung, die diesen Mut nicht aufbringt, ist verloren. Nur sollten sie und die hinter ihr stehenden Parteien dann auch den Mut haben, offen einzugestehen, daß sie im Interesse der Autorität des Staates von ihren obrigkeitlichen Befugnissen Gebrauch machen, statt mit dem gefährlichen Schlagwort der Freiheit ihrer Handlungsweise ein vermeintlich demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Es ist doch einfach unwahr, daß ein Staat, und sei er der freiheitlichste und demokratischste, ohne Autorität bestehen kann; und diese Autorität bedeutet zweierlei: die Achtung des Staatsbürgers vor dem Staat und seinen Organen auf der einen Seite, und auf der andern Seite die Fähigkeit des Staates, wenigstens die äußere Form dieser Achtung, den Gehorsam gegen die staatlichen Anordnungen zu erzwingen und Ungehorsam zu strafen.

Damit ist schon die Frage berührt, die sich dem aufdrängt, der der Regierung das Recht zu energischen Maßregeln zuerkennt. Hat denn die Regierung die nötige Autorität, um die Maßregeln auch durchzuführen? Bismarck hat seinerzeit die Preßverordnung sehr bald zurücknehmen müssen, obwohl doch damals die monarchische Staatsgewalt fester begründet war als unsere heutige Reichsgewalt. Die Mehrheit des Volkes, auf die sich der Reichskanzler berufen kann, ist zahlenmäßig sehr schwach und innerlich keineswegs einig; denn darüber gibt sich doch wohl niemand Illusionen hin, daß die Unabhängigen und Kommunisten die Verordnung vom 29. August nur soweit billigen, wie sie gegen die Reaktion von rechts gerichtet ist, daß sie sich aber keineswegs ehrlich für den Schutz der Weimarer Reichsverfassung begeistern.

Und mag auch diese Mehrheit groß genug sein, um den staatlichen Verwaltungssapparat zu leiten und Verurteilungen und Verbote zu erzielen, so bleibt doch die alte Wahrheit bestehen, daß mit Verboten und Verfolgungen eine geistige

Bewegung nicht unterdrückt werden kann. Hier stoßen wir auf die Grenzen aller staatlichen Betätigung.

Wer die Geschichte nicht kennt oder aus ihr nichts zu lernen versteht, der mag sie übersehen. So ist die Sozialdemokratie eifrig dabei, am deutschen Volke das Rousseausche Experiment noch einmal zu versuchen und es zu zwingen, im sozialdemokratischen Sinne frei zu sein. Sie kämpft gegen die Reste der alten Überlieferung, gegen unser Beamtentum, unsere Rechtspflege, gegen unsere Geschichte, gegen die Religion; sie hofft auf einem so gereinigten Boden dann sozialistische Gesinnung züchten zu können. Auch ihre Wirtschaftsordnung hat sie uns ja aufzuzwingen versucht; auf diesem Gebiet aber, wo die Ergebnisse sich schnell zeigen und genau nach Größe und Gewicht festgestellt werden können, hat sie so offenbare Mißerfolge gehabt, daß die Zwangswirtschaft endgültig tot ist und der Sozialisierungsgedanke sich auch sehr verflüchtigt hat. Im geistigen Leben ist mehr Zeit nötig zur Zerstörung und zum Aufbau; hier können wir also noch nicht statistisch genau nachweisen, daß die Einheitschule und die Einheitsbildung eine Verarmung an unsern besten Kulturgütern bedeuten werden. Aber wer mit der Eigenart des geistigen Lebens vertraut ist, der weiß, daß die höchsten und besten Erzeugnisse des Geistes und der Kunst nie für die Masse taugen, daß sie immer etwas Besonderes bleiben werden. Das Bildungstreben der breiten Masse — das übrigens nicht überschätzt werden darf — soll gewiß befriedigt werden; aber nicht um den Preis der Verflachung. Dagegen wehrt sich fast das ganze geistige Deutschland von heute; und dieser Widerstand wird nach alter geschichtlicher Erfahrung — man denke nur an den Kulturkampf und das Sozialistengesetz in Deutschland — nicht durch staatliche Zwangsmaßregeln gebrochen werden können. Es können Wunden geschlagen werden, es kann auch viel zerstört werden; die Universitäten spüren es schon deutlich genug, daß ihnen die Machthaber nicht grün sind. Aber das Leben wird nicht verboten, sondern höchstens durch stärkeres Leben erdrückt. Deshalb wird alle staatliche Reglementierung nur die Gegensätze verschärfen und die Zerklüftung im deutschen Volke unheilbar machen. Stehen wir doch heute schon im latenten Bürgerkrieg. Der vom Reichspräsidenten verkündete Ausnahmezustand verhüllt es ja nur dürftig, daß er nichts anderes ist als der während des Krieges von den Sozialisten so viel geschmähte und bitter befehdelte Belagerungszustand.

Von der anderen Seite ertönt nun der Ruf zur nationalen Sammlung, zunächst der Parteien der Rechten, um auf dieser Grundlage eine andere, den Bedürfnissen der Nation mehr entsprechende Politik zu treiben. Grundsätzlich bedeutet diese Politik gewiß etwas ganz anderes als die sozialistische; sie steht ehrlich auf dem Boden der Volksgemeinschaft, während die Sozialdemokratie von dem volsverhegenden Gedanken des Massenkampfes nicht lassen will. Aber in der Praxis würde doch auch die nationale Sammlung in der vorgeschlagenen Form nur zu weiterer Zerklüftung unseres Volkes führen. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß sich alle bürgerlichen Parteien an ihr beteiligen werden. Und es ist ebenso gewiß, daß jede bürgerliche Sammlung zu einer Gegenorganisation der Arbeiterschaft führen wird. Dagegen können alle guten Absichten, eine Politik der Versöhnung zu treiben, nichts ausrichten. Denn bevor diese Politik praktische Ergebnisse zeitigen kann, ist ihre Folge, die vertiefte Spaltung des deut-

ischen Volkes, da. Das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen eine bürgerliche Sammlung ist eben eine Tatsache, gegen die alle politischen Machtmittel wirkungslos bleiben. Auch hier stößt der Staat auf eine unüberwindliche Grenze.

Vorwärts kommen wir nur, wenn wir uns von den Anschauungen, die wir vor der Revolution von dem Umfang der Aufgaben des Staates gehabt haben, befreit machen. Der Staat ist zur Förderung der Interessen der Gemeinschaft da. Als wir 1871 den nationalen Staat erlangt hatten, haben wir ihn mit einer Reihe von Aufgaben für die Nation betraut, wirtschaftlicher, sozialer, machtpolitischer Natur. Geistige Aufgaben hat er, wie der Kulturkampf bewiesen hat, auch damals nicht lösen können. Und auch an seiner sozialen Aufgabe ist er gescheitert, denn er hat wohl einzelne Gebiete der Sozialpolitik ordnen, nicht aber das Gefühl der sozialen Gemeinschaft erwecken können. Dieser Mangel an Gemeinschaftsgefühl ist mit ein Anlaß zum Zusammenbruch unseres Reiches geworden. Heute, nach der Revolution, ist das Gemeingefühl in Deutschland auf das Elementarste beschränkt; wir fühlen uns als zusammengehörig doch nur, weil wir die gleiche Sprache sprechen und das gleiche Land bewohnen. Deshalb kann auch unser Staat nur dann zur Ruhe kommen, wenn er seine Wirksamkeit auf die elementarsten Bedürfnisse des Schutzes nach außen und im Innern beschränkt. Jede weitere Staatstätigkeit, jeder Versuch, eine größere Gemeinschaft zu erzwingen, heißt nichts anderes, als in alten Wunden zu wühlen oder neue aufzureißen, fördert die Gemeinschaft nicht, sondern gefährdet den letzten Rest von Zusammengehörigkeit.

Diese Mahnung zur Zurückhaltung wendet sich an alle, an die Reichsregierung und die in ihr vertretenen Parteien, die die Parteipolitik hinter die Interessen der Gesamtheit zurückstellen müssen, wenn sie das Reich nicht zerstören wollen, an die Bayern, die bei ihrer Sonderpolitik die Rücksicht auf Deutschland nicht vergessen dürfen, an die Parteien der Opposition, die auf dem Boden der nationalen Gemeinschaft stehen. Was wir brauchen, ist eine konservative Politik, die mit klarer Einsicht in die Grenzen des heutigen Staates die Reste erhält, die uns noch von unserem nationalen Gemeingefühl geblieben sind, und damit den Boden für eine bessere Zukunft bereitet.

Das sind gewiß keine heroischen Ziele, die ich hier aufstelle. Aber ich glaube, daß es dazu noch nicht an der Zeit ist. Wir dürfen uns durch die Erinnerung an die Zeit der Erhebung nach 1807 den Blick für unsere heutige Lage nicht trüben lassen. Damals war der deutsche Staat geschlagen, noch tiefer als heute. Aber das Gefühl der nationalen Gemeinschaft war stark und lebendig. Es bedurfte nur der Verbindung mit dem politischen Leben und die Vorbedingung für die politische Wiedergeburt war geschaffen. Aber auch damals war eine günstige Gruppierung der Großmächte nötig, damit Deutschland seinen Freiheitskampf führen konnte. Heute fehlt es nicht allein an dieser Gunst der auswärtigen Lage, sondern es fehlt auch an der Einheit des nationalen Bewußtseins. Sie muß erarbeitet werden, bevor wir wieder einen starken Staat aufrichten können. Aber sie kann nicht durch staatliches Gebot erzwungen werden. Und jeder Versuch, mit der Hilfe der Staatsgewalt Gefinnungen künstlich zu schaffen, die nur auf natürlichem Wege langsam wachsen können, oder notwendige Zwischenglieder auszulassen, muß notwendig das Übel verschlimmern, das er heilen möchte. Es

handelt sich ja nicht allein um uns, sondern es handelt sich um die ganze deutsche Zukunft. Die Last, die wir unsern Nachkommen mit dem verlorenen Krieg und der Revolution aufgebürdet haben, ist schon groß genug. Da müssen wir ihnen wenigstens den Staat als die, soweit geschichtliche Erfahrung reicht, unentbehrliche Grundlage des nationalen Lebens erhalten und müssen die Gefühle, die uns zu einer nach außen und im Innern energischeren und glänzenderen Politik verleiten wollen, zurückdämmen. Denn jede Überspannung der Macht des Staates führt unter den heutigen Umständen zur Gefährdung des Staates überhaupt.



Oberschlesien als Freistaat

Don Mentis



eltfam: zu derselben Zeit, da uns die angeblich besonders gut unterrichteten Kreise versichern, die Teilung Oberschlesiens werde nach den Wünschen Englands mit einigen Abänderungen demnächst vollzogen werden, taucht auch der Plan wieder auf, Oberschlesien zu einem Freistaate zu machen. Die Befürworter dieses Planes stellen sich so an, als handele es sich um eine für Deutschland günstige Sache, und zweifellos besteht diese Ansicht bei manchen. In Wirklichkeit ist Oberschlesien für uns verloren, wenn es ein Freistaat wird, denn der französisch-polnische Einfluß wird dann dort zweifellos vorherrschend sein, und was wir davon zu erwarten hätten, ist ja zur Genüge bekannt.

Daß sich Deutsche mit dem Plane, Oberschlesien zu einem Freistaate zu machen, beschäftigen, ohne ihn sofort in schärfster Form zurückzuweisen, ist nur möglich bei unserer nationalen Schwäche und Waschlappigkeit. Denn sonst müßte doch jeder erkannt haben, daß die Polen (und Franzosen) darin ihre letzte Hoffnung erblicken. Oberschlesien wäre an Fläche und Einwohnerzahl zu klein, um politische Selbständigkeit sich zu erhalten. In industrieller Beziehung geradezu glänzend gestellt, würde es sich nicht selbst ernähren können, und hier würden die polnischen Mächenschaften einsetzen, denen es sicher gelingen würde, eine (ziemlich geringe) Anhängerschaft sich in Oberschlesien zu erhalten. Die Tatsache, daß diese polnische Opposition Oberschlesiens im Auslande eine ganz rücksichtslose Unterstützung und Förderung erfahren würde, ist wohl in Rechnung zu stellen. Man erinnere sich der Zustände in den letzten Jahrzehnten bei der polnischen Republik vor 150 Jahren; was damals zur Teilung Polens führte, soll in kurzer Zeit den Anschluß Oberschlesiens an Polen herbeiführen. Wir könnten das jedenfalls nicht hindern, denn wir sind militärisch machtlos, und welcher Lügen sich die polnische Propaganda bedienen würde, haben wir ja jetzt erfahren. Da erklärten die polnischen Insurgenten: „Wir kämpfen für eine gute Sache, wir sind die Soldaten der heiligen Hedwig!“. Daß die Herzogin Hedwig — sie gründete das Kloster Tabnitz — durchaus deutsch gedacht und gehandelt hat, focht die polnischen Auführer nicht an. Welche Gewaltherrschaft die Korsantischen Banden ausgeübt